



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VII/2022/04563**  
Datum: 07.09.2022  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser:  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.09.2022	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Erarbeitung eines Konzepts zum Umgang und der Abwehr unberechtigter Rassismuskorrekturen**

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zur präventiven Abwehr rufschädigender Kampagnen ein Konzept zu entwerfen mit dem die städtischen Betriebe für den Umgang mit mißbräuchlich erhobenen Rassismuskorrekturen sensibilisiert und befähigt werden.

Es sind entsprechende verbindliche Schulungsunterlagen zu erarbeiten und den städtischen Betrieben zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es zwingend sicherzustellen, dass jeder Bürger ohne Ansehen der Person gleichbehandelt wird.

gez. A. Raue  
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion

### Begründung:

Der Nachrichtenblog dubisthalle berichtete am 29.08. darüber, dass die Organisation Migrant voices Halle (im Netz vor allem durch einen ziemlich inaktiven Twitteraccount tätig <https://twitter.com/MigrantVoicesHL>) schwere Vorwürfe gegen die Hallesche Verkehrs AG (HAVAG) erhebe. So hätten am 08.06. offenbar drei Straßenbahnkontrolleure einen ausländischen Mann mit körperlichem Zwang angefasst nachdem dieser keinen Fahrschein vorlegen wollte. Zudem veröffentlichte die anonym agierende Organisation noch Bilder von den Kontrolleuren, offenbar in der Absicht diese öffentlich zu diskreditieren und gewaltaffinen Linksextremisten eine Begründung zu liefern diese anzugreifen. Ergänzt wurde diese Veröffentlichung mit der Aufforderung an die HAVAG die Mitarbeiter zu entlassen.

Es ist offensichtlich, dass an dieser Stelle eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen werden soll. Fakt ist, dass der Ausländer offensichtlich keinen Fahrschein vorweisen konnte, die

Vorwürfe gegen die Mitarbeiter dienen nun zur Abschreckung ausländische Fahrgäste ohne Fahrschein nicht zu belangen. Dieser Zielsetzung muss entschieden entgegengewirkt werden.

Es ist zwingend sicherzustellen, dass jeder Bürger ohne Ansehen der Person gleichbehandelt wird.

Waren und Dienstleistungen sind durch jeden Nutzer entsprechend zu bezahlen, Regeln von allen Bürger einzuhalten. Entsprechendes Fehlverhalten muss deshalb sanktioniert werden. Es muss unbedingt verhindert werden, dass der regeltreue, ehrliche Bürger als der Dumme dasteht.

Aus diesem Grund und auch aufgrund seiner Fürsorgepflicht ist es erforderlich, dass die Stadt auf der einen Seite ihre Mitarbeiter schützt und auf der anderen Seite Handlungsempfehlungen gibt um diesen in solchen Situationen die Angst vor ungerechtfertigter Verfolgung zu nehmen. Das Ausschöpfen der rechtlich zulässigen Handlungsoptionen insbesondere unter Berücksichtigung der Angemessenheit in der jeweiligen Situation darf für den Mitarbeiter keine negativen Folgen haben.